Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 83. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Freitag, den 8. April 1927

Chinesisch-russische Ueberraschungen.

Es war in den Oktobertagen 1918. In Berlin saß als Geschäftsträger der Sowjetrepublik Herr Joffe. Bekanntlich unterliegt das diplomatische Gepäck, das an eine Gesandtschaft geht, ebensowenig einer Kontrolle durch die Zollbehörden wie überhaupt die Zusendungen, die an eine diplomatische oder an eine Konsularvertretung gerichtet die Grenze überschreiten. Nun erhielt Herr Joffe außerordentlich viel Gepäckstücke und Kisten zugesandt, bis beim Ausladen auf dem Bahnhof eine solche Kiste zu Boden stürzte und platzte. Da stellte es sich heraus, daß der Inhalt dieser Kiste nichts anderes war als ganze Ballen von Agitationsmaterial, das mit Hilfe des diplomatischen Gebrauchs unkontrolliert von der Sowjetregierung durch ihre Berliner Vertretung den deutschen Spartakisten in die Hände gespielt werden sollte. Und was vorher auch wirklich ohne weiteres geglückt war. Selbstverständlich war, daß daraufhin Herr Joffe auf Druck der deutschen Regierung nach Moskau zurückberufen wurde.

An diese kleinen Geschichtchen erinnerte man sich, als jetzt die außerordentlich überraschende Mitteilung aus Peking kam, der General Tschangtsolin habe das russische Botschaftsgebäude in Peking besetzen und eine große Anzahl von Personen, die sich dort befanden, durch seine Soldaten festnehmen und abtransportieren lassen. Unter den Festgenommenen sollen sich 50 Chinesen, aber auch 20 Russen befunden haben. Außerdem wurden in ganzen Wagenladungen Bücher, Gewehre, Munition und Flaggen der chinesischen Bolschewisten abtransportiert. Die Maßregel erfolgte, weil angeblich eine große Anzahl chinesisch-bolschewistischer Agitatoren in Peking eingetroffen und im Sowjetgebäude einquartiert seien. Noch auffallender als dieses Ereignis ist, daß angeblich das Diplomatische Korps mit diesem Vorgehen der Regierungsbehörden Pekings einverstanden war, daß vor allem England über das Vorhaben Tschangtsolins unterrichtet gewesen sei.

Formell bedeutet dieses chinesische Vorgehen einen geradezu einzig dastehenden Bruch der international garantierten Exterritorialität, deren sich jede Botschaft erfreut. Das Gesandtschaftsviertel in Peking ist eine durch hohe Mauern geschützte besondere Stadt, die kein chinesischer Soldat betreten durfte; es konnte diesmal angeblich auch nur geschehen unter Zustimmung der nichtrussischen Gesandtschaften. Sehr bald wird daher zunächst einmal die Frage geklärt werden müssen, ob auch der deutsche Gesandte seine Zustimmung zu dem chinesischen Vorgehen gegeben hat. Politisch kann das Ereignis natürlich von den weittragendsten Folgen sein, denn es ist selbstverständlich, daß ein Volk, das auf sein Ansehen auch nur das geringste gibt, sich etwas Derartiges nicht gefallen lassen wird. Wenn Tschangtsolin der Sowjetregierung nicht eine Genugtuung gibt, die weit über das Maß dessen hinausgeht, was beispielsweise von Deutschland nach dem Boxeraufstande für die Ermordung des deutschen Gesandten verlangt worden ist — und daß der chinesische General eine solche Genugtuung gibt, ist ganz unwahrscheinlich —, dann ist ein Einrücken sowjetrussischer Truppen nach Nordchina, also vor allem in die Mandschurei, fast eine Selbstverständlichkeit. Ebenso selbstverständlich ist, daß Moskau jetzt ganz offen auf die Seite Südchinas und dessen Regierung treten, die Pekinger Regierung aber nicht mehr als eine völkerrechtlich gültige Vertretung Chinas anerkennen wird. Gleichgültig, ob die Mitteilungen über die sonstigen Einzelheiten richtig sind, — die Tatsache eines schweren Bruchs des Völkerrechts liegt vor, mag auch seitens der Pekinger Regierung darauf hingewiesen und vielleicht auch mit Recht erklärt werden können, daß unter der Flagge der Exterritorialität eine kommunistische Agitation gegen die Pekinger Regierung und zur Vorbereitung des südchinesischen Angriffs erfolgt sei. Vielleicht war überhaupt der Zweck des ganzen Vorgehens, solche Verwicklungen herbeizuführen, obwohl man nicht recht einzusehen vermag, warum sich der an und für sich schon schwer bedrängte nordchinesische General Tschangtsolin nun auch noch die ganze offene Feindschaft Rußlands zugezogen hat. Vielleicht beruhen die Nachrichten auf Wahrheit, daß die Sowjetregierung schon seit längerem an der chinesischen Grenze Truppen zusammengezogen hat. Vielleicht hofft der chinesische General jetzt auf englische Unterstützung.

Das französische Außenministerium läßt freilich zu dem Vorkommnis erklären, daß es sich nicht um die russische Botschaft allein gehandelt habe, sondern um eine Durchsuchung des ganzen Gesandtschaftsviertels, von der das Diplomatische Korps vorher in Kenntnis gesetzt worden sei. Dadurch werden die Dinge aber nicht anders, werden vor allem die Folgen nicht andere, die aus diesen überraschenden Maßnahmen der verzweifelt kämpfenden Nordchinesen erwachsen werden.

*

Russischer Protest in Peking.

Rückfragen an die deutsche Pekinger Gesandtschaft.

Der russische Geschäftsträger in Peking, Tschernych, hat gegen das Vorgehen der chinesischen Polizei beim Ministerium des Äußern energischen Protest erhoben. Dem Pekinger Korrespondenten der „Morning Post" zufolge ist die Erlaubnis zum Betreten des Gesandtschaftsviertels von dem Dayen des Diplomatischen Korps den chinesischen Behörden erteilt worden. In politischen Kreisen Pekings hält man einen Abbruch der Beziehungen zwischen Peking und Moskau für wahrscheinlich.

Nach den bisher bei den Berliner amtlichen Stellen eingetroffenen Nachrichten über die Vorgänge im Pekinger Diplomatenviertel soll es nicht zutreffen, daß in Peking das russische Botschaftsgebäude durchsucht worden ist. Vielmehr haben nach den bisherigen deutschen Feststellungen chinesische Polizeitruppen eine Durchsuchung aller russischer Militärbaracken im Gesandtschaftsviertel vorgenommen, dort Material beschlagnahmt und eine große Anzahl von chinesischen Personen, die sich in den Baracken aufhielten, verhaftet. Von einer Festnahme russischer Staatsangehöriger ist nichts bekannt. Die Polizeiaktion erfolgte auf gewisse Verdachtsmomente gegen chinesische Staatsangehörige hin.

Wenn seitens des Diplomatischen Korps die Ermächtigung zu dieser Polizeiaktion erteilt worden ist, so ist nach den bisherigen Informatonen der deutschen Gesandtschaft in Peking dieser Ermächtigungsbeschluß nicht vorher mitgeteilt worden. Es scheint sich also nicht um eine Kollektivermächtigung des Diplomatischen Korps in Peking zu handeln, doch sind die Nachrichten aus Peking bisher noch so verworren und die Handhabung diplomatischer Schritte der fremden Mächte in Peking eine so komplizierte, daß seitens der Berliner amtlichen Stellen nochmals eine Rückfrage an die deutsche Pekinger Gesandtschaft ergangen ist.

*

Der Ministerpräsident zurückgetreten.

Neuyork, 7. April. Wie aus Peking gemeldet wird, ist der chinesische Ministerpräsident zurückgetreten.

Deutschland und der Albanienkonflikt.

Stresemann über die albanische Frage

Tagung des Auswärtigen Ausschusses.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages trat am Donnerstag unter dem Vorsitz des deutschnationalen Abgeordneten Wallraf zu einer Sitzung zusammen. Den Verhandlungen wohnten von den Mitgliedern des Reichskabinetts die Minister Dr. Stresemann, Dr. Geßler und Dr. Curtius sowie Staatssekretär Dr. Schubert und fast sämtliche Vertreter der deutschen Länder bei. Nach kurzer Besprechung wurde zunächst das Saargrenzabkommen und das deutsch-französische Handelsprovisorium zur weiteren Beratung an den Handelspolitischen Ausschuß verwiesen, der dem provisorischen Wirtschaftsabkommen mit Frankreich bereits mit 15 gegen 10 Stimmen zugestimmt hat. Es folgte sodann die Besprechung über Deutschlands Politik in China, über die sich Außenminister Dr. Stresemann in längeren Ausführungen äußerte.

Nach Erledigung dieses Punktes beschäftigte sich der Auswärtige Ausschuß auch mit der albanischen Frage. Dr. Stresemann berichtete hierbei über den Gang der Verhandlungen und teilte mit, daß auch an Deutschland die Aufforderung ergangen sei, sich an einer einzusetzenden Grenzuntersuchungskommission zu beteiligen. Von verschiedenen Ausschußmitgliedern wurden gegen die Beteiligung an einer solchen Kommission Bedenken geäußert, da Deutschland leicht hierdurch in Schwierigkeiten verwickelt werden könnte. Regierungsseitig vertrat man dagegen die Meinung, daß es mit Deutschlands Stellung als Großmacht nicht vereinbart werden könnte, eine Aufforderung zum Eintritt in eine solche Kommission auszuschlagen.

Auch der Reichsrat hat dem deutsch-französischen Handelsprovisorium mit 44 gegen 23 Stimmen zugestimmt. Mit Ja stimmten das preußische Staatsministerium und die Vertreter aller preußischen Provinzen sowie Sachsen, Hamburg usw., mit Nein Bayern, Württemberg, Baden, Thüringen, Hessen und Bremen.

Deutschlands Mitwirkung in der Albanienkommission.

Deutschland hat bekanntlich seine Beteiligung an der Albanienkommission davon abhängig gemacht, daß erstens alle interessierten Mächte dieser Beteiligung zustimmten und daß zweitens die Funktionen dieser Kommission vorher festgelegt würden. Diese beiden Vorbehalte haben jetzt ihre Erledigung gefunden, so daß die Teilnahme Deutschlands an dieser Kommission gesichert ist. Albanien, Südslawien und Italien haben zwar nicht formell der Teilnahme Deutschlands zugestimmt — wie ja überhaupt die ganzen Kommissionsverhandlungen nicht formell schriftlich geführt werden —, aber nach den abgegebenen Erklärungen dieser drei Länder wird von ihnen eine Mitwirkung Deutschlands begrüßt.

Die Verhandlungen über die technischen und sonstigen Aufgaben der Kommission, die nur im Moment eines akuten Konflikts in Aktion treten soll, werden zurzeit zwischen den beteiligten Mächten, Deutschland, Frankreich und England, eifrig gepflogen.

Die Pflichtstunden der Lehrer.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Dresden, 8. April. Die Verordnung des Volksbildungsministeriums betr. des Schuländerungsgesetzes ist soeben erschienen. In dem grundlegenden Paragraphen 1 heißt es: In dem vom Landtage am 31. März angenommenen Schuländerungsgesetz für 1927 heißt es, daß die bisherigen Pflichtstunden der Lehrer an Fortbildungs- und Berufsschulen sowie Hilfsschulen auch für das Jahr 1927 bis 1928 gelten mit der Aenderung, daß die Pflichtstunden ab 1. April 1927 für Lehrer, die das 45. Lebensjahr vollenden, um zwei Wochenstunden herabgesetzt werden.

Rußlands Schulden an Frankreich.

Es will jährlich 70 Millionen abzahlen.

Die in Paris seit einiger Zeit zwischen Frankreich und Rußland geführten Verhandlungen zur Regelung der russischen Schuldenlast, die vor dem Kriege etwa 400 Millionen Goldfrank ausmachte und durch Abtretung mehrerer russischer Provinzen an befreundete Mächte Frankreichs auf 300 Millionen Goldfrank reduziert sind, haben jetzt zu einem Ergebnis geführt. Rußland verpflichtet sich danach, jährlich 70 Millionen Goldfrank an Frankreich zu zahlen, die für den Zinsendienst und für die Tilgung der russischen Vorkriegsschuld Verwendung finden sollen.

Als Gegenleistung fordert Rußland die Gewährung neuer beträchtlicher Kredite, zu denen sich die französische Unterhandlungskommission grundsätzlich bereiterklärt hat. Als Sicherstellung für die französischen Anleihegelder soll Rußland Petroleumquellen im Kaukasus verpfänden, für deren Erschließung und Ausbeute französische Gesellschaften ein Monopol erhalten sollen.

*

Noch keine französisch-russische Schuldeneinigung?

Paris, 8. April. Die Nachricht, daß zwischen der französischen Regierung und Sowjetrußland eine grundsätzliche Vereinbarung über das Schuldenproblem zustande gekommen sei, wird vom Quai d'Orsay dementiert. Auch die in der Presse verbreiteten Einzelheiten über die Basis eines Sicherheitsabkommens seien nicht zutreffend. Die Verhandlungen würden indessen fortgesetzt.

Belgien befestigt seine Grenze gegen Deutschland.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Amsterdam, 8. April. Wie die Blätter melden, geht Belgien daran, seine Ostgrenze stark zu befestigen. Die Forts am rechten Maasufer bei Lüttich sollen den modernen Kriegsmethoden angepaßt werden.

Das russische Konsulat in Schanghai umzingelt?

London, 8. April. Nach Meldungen aus Schanghai haben Freiwillige das dortige sowjetrussische Konsulat umzingelt. Alle ein- und ausgehenden Personen sollen angehalten und durchsucht werden. Wie aus Peking berichtet wird, beschäftigt sich das diplomatische Korps zurzeit mit der Frage, den Gebietsteil, auf dem sich die russische Botschaft befindet, der amerikanischen Gesandtschaft zu überlassen, da dieser Teil ein wichtiger Verteidigungspunkt des Botschaftsviertels sei. Die russische Botschaft soll noch immer von chinesischer Polizei besetzt sein.

Protest des russischen und holländischen Gesandten in Peking.

London, 7. April. Wie aus Peking gemeldet wird, hat nicht nur der russische Geschäftsträger, sondern auch der holländische Gesandte bei der Pekinger Regierung gegen die Ueberschreitung der den chinesischen Beamten gewährten Privilegien Protest erhoben. — Nach einer weiteren Meldung aus Peking hat Tschangtsolin seinerseits in einer an Moskau gerichteten Note gegen die Verletzung der diplomatischen Vorrechte durch den russischen Geschäftsträger Protest eingelegt. Die Gebäude der Botschaft seien zu Propagandazwecken benutzt worden, mit der Absicht, die gegenwärtige Pekinger Regierung zu stürzen.

Weitere Zunahme der fremdenfeindlichen Bewegung?

Paris, 7. April. Die letzten Meldungen aus Hankau sprechen von einer weiteren Verschlechterung der Gesamtlage in der Stadt. Die ausländischen Staatsangehörigen, Russen und

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF